

PARLAMENTARISCHE ANFRAGEN

Anzeigen aufgrund des COVID Maßnahmengesetzes

Antworten der Bezirkshauptmannschaften/Magistrate

A: Verfahren wegen widerrechtlichem Betreten einer Betriebsstätte, deren Betreten gemäß § 1 untersagt ist: § 3 Abs 1 COVID-19-Maßnahmengesetz		WIEN
1. Wie viele Verfahren (angezeigte Personen) wegen Verwaltungsübertretungen wurden seit 16. März 2020 bis zum Stichtag der Anfragebeantwortung auf Grundlage der Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gemäß § 1 iVm § 3 Abs 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes (BGBl. II Nr. 96/2020 idgF BGBl. II Nr. 112/2020) geführt?		366 Anzeigen
2. Wie viele Verfahren wegen Verwaltungsübertretungen wurden seit 16. März 2020 bis zum Stichtag der Anfragebeantwortung auf Grundlage von Verordnungen der Landeshauptmänner gemäß § 1 iVm § 3 Abs 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geführt?		0
3. Wie viele Verfahren wegen Verwaltungsübertretungen wurden seit 16. März 2020 bis zum Stichtag der Anfragebeantwortung auf Grundlage von Verordnungen von Bezirksverwaltungsbehörden gemäß § 1 iVm § 3 Abs 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geführt?		0
4. Wie viele dieser Verfahren nach § 3 Abs 1 COVID-19-Maßnahmengesetz führten zu Verwaltungsstrafen?		179 rechtskräftig
5. Wie hoch war die Gesamtsumme der gem § 3 Abs 1 COVID-19-Maßnahmengesetz verhängten Geldstrafen?		45.220 € rechtskräftig
6. Bei wie vielen dieser Verfahren gem § 3 Abs 1 COVID-19-Maßnahmengesetz wurde nach § 34 Z 2 VStG vorgegangen?		kann nicht ausgewertet werden
7. Bei wie vielen dieser Verfahren gem § 3 Abs 1 COVID-19-Maßnahmengesetz wurde nach § 47 VStG vorgegangen?		278
8. Bei wie vielen dieser Verfahren gem § 3 Abs 1 COVID-19-Maßnahmengesetz wurde nach § 50 VStG (Organstrafverfügung) vorgegangen?		Die Beantwortung dieser Frage fällt in die Zuständigkeit der LPD Wien
9. Wie viele Organstrafverfügungen wurden binnen der 14 Tages Frist bezahlt?		Die Beantwortung dieser Frage fällt in die Zuständigkeit der LPD Wien
10. Wie viele Organstrafverfügungen wurden binnen der 14 Tagess Frist nicht bezahlt und resultierten in einer Anzeige an die Verwaltungsstrafbehörde?		Die Beantwortung dieser Frage fällt in die Zuständigkeit der LPD Wien
11. In wie vielen dieser Verfahren gem § 3 Abs 1 COVID-19-Maßnahmengesetz wurde vom Beschuldigten ein Rechtsmittel gegen den Strafbescheid erhoben?		127 Einsprüche gegen Strafverfügungen, 18 Beschwerden gegen Straferkenntnisse

12. Wie viele dieser Rechtsmittelverfahren führten zu einer:	Strafverfügungen treten mit dem rechtzeitigen Einspruch (gegen Schuld und Strafe) außer Kraft und sind daher nicht aufzuheben; Aufhebung von Straferkenntnissen durch das VGW: 1
a. Aufhebung des Strafbescheids?	
b. Abänderung des Strafbescheids?	5 Ermahnungen
c. Korrektur der Strafhöhe?	17 Herabsetzungen von der Behörde; 3 Herabsetzungen vom VGW
13. In wie vielen dieser Verfahren gem § 3 Abs 1 COVID-19-Maßnahmengesetz wurde von der zuständigen Behörde das Verfahren eingestellt?	57

B: Verfahren gegen Inhaber einer Betriebsstätte der nicht dafür Sorge trägt, dass die Betriebsstätte, deren Betreten gemäß § 1 untersagt ist, nicht betreten wird: § 3 Abs 2 COVID-19-Maßnahmengesetz

1. Wie viele Verfahren (angezeigte Personen) wegen Verwaltungsübertretungen wurden seit 16. März 2020 bis zum Stichtag der Anfragebeantwortung auf Grundlage der Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gemäß § 1 iVm § 3 Abs 2 des COVID-19-Maßnahmengesetzes (BGBl. II Nr. 96/2020 idgF BGBl. II Nr. 112/2020) geführt?	187 Anzeigen
2. Wie viele Verfahren (angezeigte Personen) wegen Verwaltungsübertretungen wurden seit 16. März 2020 bis zum Stichtag der Anfragebeantwortung auf Grundlage von Verordnungen der Landeshauptmänner gemäß § 1 iVm § 3 Abs 2 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geführt?	0
3. Wie viele Verfahren (angezeigte Personen) wegen Verwaltungsübertretungen wurden seit 16. März 2020 bis zum Stichtag der Anfragebeantwortung auf Grundlage von Verordnungen von Bezirksverwaltungsbehörden gemäß § 1 iVm § 3 Abs 2 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geführt?	0
4. Wie viele dieser Verfahren nach § 3 Abs 2 COVID-19-Maßnahmengesetz führten zu Verwaltungsstrafen?	35 rechtskräftig
5. Wie hoch war die Gesamtsumme der gem § 3 Abs 2 COVID-19-Maßnahmengesetz verhängten Geldstrafen?	8.660 € rechtskräftig
6. Bei wie vielen dieser Verfahren gem § 3 Abs 2 COVID-19-Maßnahmengesetz wurde nach § 34 Z 2 VStG vorgegangen?	kann nicht ausgewertet werden
7. Bei wie vielen dieser Verfahren gem § 3 Abs 2 COVID-19-Maßnahmengesetz wurde nach § 47 VStG vorgegangen?	61
8. Bei wie vielen dieser Verfahren gem § 3 Abs 2 COVID-19-Maßnahmengesetz wurde nach § 50 VStG (Organstrafverfügung) vorgegangen?	Die Beantwortung dieser Frage fällt in die Zuständigkeit der LPD Wien
9. Wie viele Organstrafverfügungen wurden binnen der 14 Tages Frist bezahlt?	Die Beantwortung dieser Frage fällt in die Zuständigkeit der LPD Wien
10. Wie viele Organstrafverfügungen wurden binnen der 14 Tages Frist nicht bezahlt und resultierten in einer Anzeige an die Verwaltungsstrafbehörde?	Die Beantwortung dieser Frage fällt in die Zuständigkeit der LPD Wien
11. In wie vielen dieser Verfahren gem § 3 Abs 2 COVID-19-Maßnahmengesetz wurde vom Beschuldigten ein Rechtsmittel gegen den Strafbescheid erhoben?	34 Einsprüche gegen Strafverfügungen, 12 Beschwerden gegen Straferkenntnisse
12. Wie viele dieser Rechtsmittelverfahren führten zu einer: a. Aufhebung des Strafbescheids?	Strafverfügungen treten mit dem rechtzeitigen Einspruch (gegen Schuld und Strafe) außer Kraft und sind daher nicht aufzuheben; Aufhebung von Straferkenntnissen durch das VGW: 0
b. Abänderung des Strafbescheids?	3 Ermahnungen

c. Korrektur der Strafhöhe?	1 Herabsetzung
13/14. In wie vielen dieser Verfahren gem § 3 Abs 2 COVID-19-Maßnahmengesetz wurde von der zuständigen Behörde das Verfahren eingestellt?	54

C: Verfahren wegen widerrechtlichem Betreten eines Ortes, dessen Betreten gemäß § 2 untersagt ist: § 3 Abs**3 COVID-19-Maßnahmengesetz**

1. Wie viele Verfahren (angezeigte Personen) wegen Verwaltungsübertretungen wurden seit 16. März 2020 bis zum Stichtag der Anfragebeantwortung auf Grundlage der Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gemäß § 2 Z 1 iVm § 3 Abs 3 des COVID-19-Maßnahmengesetzes (BGBl. II Nr. 98/2020 idgF BGBl. II Nr. 108/2020) geführt?	10.137 Anzeigen
2. Wie viele Verfahren (angezeigte Personen) wegen Verwaltungsübertretungen wurden seit 16. März 2020 bis zum Stichtag der Anfragebeantwortung auf Grundlage von Verordnungen der Landeshauptmänner gemäß § 2 Z 2 iVm § 3 Abs 3 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geführt?	0
3. Wie viele Verfahren (angezeigte Personen) wegen Verwaltungsübertretungen wurden seit 16. März 2020 bis zum Stichtag der Anfragebeantwortung auf Grundlage von Verordnungen von Bezirksverwaltungsbehörden gemäß § 2 Z 3 iVm § 3 Abs 3 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geführt?	0
4. Wie viele dieser Verfahren nach § 3 Abs 3 COVID-19-Maßnahmengesetz führten zu Verwaltungsstrafen?	5.524 rechtskräftig
5. Wie hoch war die Gesamtsumme der gem § 3 Abs 3 COVID-19-Maßnahmengesetz verhängten Geldstrafen?	1.175.380 € rechtskräftig
6. Bei wie vielen dieser Verfahren gem § 3 Abs 3 COVID-19-Maßnahmengesetz wurde nach § 34 Z 2 VStG vorgegangen?	kann nicht ausgewertet werden
7. Bei wie vielen dieser Verfahren gem § 3 Abs 3 COVID-19-Maßnahmengesetz wurde nach § 47 VStG vorgegangen?	8.308
8. Bei wie vielen dieser Verfahren gem § 3 Abs 3 COVID-19-Maßnahmengesetz wurde nach § 50 VStG (Organstrafverfügung) vorgegangen?	Die Beantwortung dieser Frage fällt in die Zuständigkeit der LPD Wien
9. Wie viele Organstrafverfügungen wurden binnen der 14 Tages Frist bezahlt?	Die Beantwortung dieser Frage fällt in die Zuständigkeit der LPD Wien
10. Wie viele Organstrafverfügungen wurden binnen der 14 Tages Frist nicht bezahlt und resultierten in einer Anzeige an die Verwaltungsstrafbehörde?	Die Beantwortung dieser Frage fällt in die Zuständigkeit der LPD Wien
11. In wie vielen dieser Verfahren gem § 3 Abs 3 COVID-19-Maßnahmengesetz wurde vom Beschuldigten ein Rechtsmittel gegen den Strafbescheid erhoben?	3.452 Einsprüche gegen Strafverfügungen, 354 Beschwerden gegen Straferkenntnisse
12. Wie viele dieser Rechtsmittelverfahren führten zu einer: a. Aufhebung des Strafbescheids?	Strafverfügungen treten mit dem rechtzeitigen Einspruch (gegen Schuld und Strafe) außer Kraft und sind daher nicht aufzuheben; Aufhebung von Straferkenntnissen durch das VGW: 5 (davon eine Einstellung wegen Zurückziehung der Beschwerde)
b. Abänderung des Strafbescheids?	84 Ermahnungen
c. Korrektur der Strafhöhe?	630 Herabsetzungen

13/14. In wie vielen dieser Verfahren gem § 3 Abs 3 COVID-19-Maßnahmengesetz wurde von der zuständigen Behörde das Verfahren eingestellt?	1.251
15. Wie viele "Corona-Partys" Ihrer Definition sind bislang aktenkundig?	0: Soweit bekannt, existiert kein vom BMSGPK definierter Begriff der "Corona-Party"; daher sind solche auch nicht aktenkundig
16. Wie viele Verwaltungsstrafverfahren wegen "Corona-Partys" in privaten häuslichen Räumlichkeiten wurden seit 1.3.2020 geführt?	0: Unter Verweis auf die Antwort zu Frage 15 wird außerdem festgestellt, dass die Regelungen auf Grund des COVID-19-Maßnahmengesetzes und der o.a. Verordnungen erst mit 16.3.2020 in Kraft getreten sind
17. In wie vielen dieser "Corona-Partys" wurde vom Beschuldigten ein Rechtsmittel gegen den Strafbescheid erhoben?	Es ist dazu auf die Antwort zu Frage 15 zu verweisen.
18.a. Wie viele dieser Rechtsmittelverfahren in "Corona-Party-Verfahren" führten zu einer Aufhebung des Strafbescheids?	Es ist dazu auf die Antwort zu Frage 15 zu verweisen.
18.b. Wie viele dieser Rechtsmittelverfahren in "Corona-Party-Verfahren" führten zu einer Abänderung des Strafbescheids?	Es ist dazu auf die Antwort zu Frage 15 zu verweisen.
18.c. Wie viele dieser Rechtsmittelverfahren in "Corona-Party-Verfahren" führten zu einer Korrektur der Strafhöhe?	Es ist dazu auf die Antwort zu Frage 15 zu verweisen.
18.d. In wie vielen dieser "Corona-Party-Verfahren" wurde von der zuständigen Behörde das Verfahren eingestellt?	Es ist dazu auf die Antwort zu Frage 15 zu verweisen.

D: Verfahren wegen zuwiderhandeln gegen durch das EpidemieG und der aufgrund dessen erlassenen Durchführungsverordnungen geltenden Verbote und Gebote:

1. Wie viele Anzeigen (angezeigte Personen) wegen Verwaltungsübertretungen wurden seit 16. März 2020 bis zum Stichtag der Anfragebeantwortung auf Grundlage von § 40 EpidemieG erstattet	16 Anzeigen
2. Wie viele Verfahren wegen Verwaltungsübertretungen wurden seit 16. März 2020 bis zum Stichtag der Anfragebeantwortung auf Grundlage von § 40 EpidemieG eingeleitet?	7
3. Wie viele dieser Verfahren auf Grundlage von § 40 EpidemieG führten zu Verwaltungsstrafen?	3 rechtskräftig
4. Wie hoch war die Gesamtsumme der auf Grundlage von § 40 EpidemieG verhängten Geldstrafen?	1.000 €
5. Bei wie vielen dieser Verfahren auf Grundlage von § 40 EpidemieG wurde nach § 34 Z 2 VStG vorgegangen?	kann nicht ausgewertet werden
6. Bei wie vielen dieser Verfahren auf Grundlage von § 40 EpidemieG wurde nach § 47 VStG vorgegangen?	7

7. Bei wie vielen dieser Verfahren auf Grundlage von § 40 EpidemieG wurde nach § 50 VStG (Organstrafverfügung) vorgegangen?	Die Beantwortung dieser Frage fällt in die Zuständigkeit der LPD Wien
8. Wie viele Organstrafverfügungen wurden binnen der 14 Tages Frist bezahlt?	Die Beantwortung dieser Frage fällt in die Zuständigkeit der LPD Wien
9. Wie viele Organstrafverfügungen wurden binnen der 14 Tages Frist nicht bezahlt und resultierten in einer Anzeige an die Verwaltungsstrafbehörde?	Die Beantwortung dieser Frage fällt in die Zuständigkeit der LPD Wien
10. In wie vielen dieser Verfahren auf Grundlage von § 40 EpidemieG wurde vom Beschuldigten ein Rechtsmittel gegen den Strafbescheid erhoben?	2 Einsprüche gegen Strafverfügungen, 0 Beschwerden gegen Straferkenntnisse
11. Wie viele dieser Rechtsmittelverfahren führten zu einer: a. Aufhebung des Strafbescheids?	Strafverfügungen treten mit dem rechtzeitigen Einspruch (gegen Schuld und Strafe) außer Kraft und sind daher nicht aufzuheben; Aufhebung von Straferkenntnissen durch das VGW: 0
b. Abänderung des Strafbescheids?	0
c. Korrektur der Strafhöhe?	0
12. In wie vielen dieser Verfahren auf Grundlage von § 40 EpidemieG wurde von der zuständigen Behörde das Verfahren eingestellt?	2